

Einwohnerfragestunde

betrifft Punkt 10 der Tagesordnung. Verkauf einer städtischen Wegeparzelle im Bereich Ahrensburger Redder.

Hier sah der betroffene Anwohner seine Rechte betroffen, weil der gültige Bebauungsplan keine Erschließung hinterer Grundstücke über die genannte Fläche nicht vorsieht.

Der Anwohner ist Landwirt und benötigt weiterhin eine ungehinderte Zufahrt zu seiner Ackerfläche am Ahrensburger Redder.

Der Landwirt bot der Stadt an, die genannte Fläche zu kaufen.

Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Der Bericht umfasst den Zeitraum bis zur 45. KW .

Zur Zeit befinden sich auf den städtischen Konten rd. 990.000,00€ , ferner sind noch 5,5 Millionen € als Tagesgeld angelegt.

Weiterhin werden noch 190,0 TEU " Zentralitätszuweisungen " und Leistungen nach dem Familienausgleich erwartet.

Anfang November erwartet der Kämmerer noch 2,5 Mio€ Einkommensteueranteil und TEU 430 Umsatzsteueranteil.

Dieses ergibt eine Liquidität in Höhe von rd. 9,6Mio € .

Dagegen stehen zu erwartende abfließende Mittel:

1,13 Mio € Kreisumlage, TEU 126 Finanzausgleichsumlage, TEU 170 Sozialhilfe, TEU 260

Beamtenbesoldung (2 Monate) TEU 720 Entgelte für tariflich Beschäftigte, TEU 125 Lohnsteuer und TEU 145 Defizitabdeckung Bad.

Mittelabfluß gesamt rd. 2,78 Mio €.

Per Saldo verfügt die Stadt bis zur 45.KW somit überliquide Mittel von rd. 6,8 Mio €.

Hierbei sind Ein- und Auszahlungen für investive Maßnahmen noch nicht enthalten.

Positiv ist festgestellt worden, dass die Gewerbesteuer gegenüber dem Stand vom 09.09.13 sich von 22,68 Mio € auf 24,42 Mio € erhöht. Dieses resultiert aus einer Nachveranlagung aus dem Jahre 2011. Die Stadt muß jedoch mit einem Widerspruch gegen die Festsetzung rechnen.

Es wurde mitgeteilt, dass das Gewerbesteuer-Ist gegenüber dem 09.09.13 auf derzeit 15,43 Mio € gesunken ist.

Erlaß der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014

Hier wurde heftig diskutiert. Allgemein wurde hinsichtlich der Einnahmenkalkulation zur Vorsicht geraten.

Seitens der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass im Hinblick auf die Brandschutzsanierung des Rathauses eine Kreditaufnahme erforderlich ist.

Ferner bestehen noch 4,5 Mio € investive Ermächtigungen aus Vorjahren, die zu finanzieren sind.

Der FA-Vorsitzende Herr Conring merkte an, dass die Stadt Ahrensburg ihre Haushalte gegenüber der Öffentlichkeit schlecht verkauft habe.

Die Haushalte wurden von der Presse negativ dargestellt. Dieses soll sich ändern.

Anmerkung Hr. Conring : seit 2010 wurden keine Schulden mehr aufgenommen, damals war der Schuldenstand 11,5 Mio €, allerdings enthalten die Schulden 5,4 Mio € für den Kauf von Flächen im B-Plan 88 und Mittel für erhebliche Bauinvestitionen.

So sei es daher sinnvoll, z.B. das geschaffene Vermögen dem Schuldenstand gegenüber zu stellen.

Aus der Presse ist zu entnehmen, dass die Stadt im Haushaltsentwurf Anfang 2013 21 Mio € Schulden. In 2014 werden es 22,7 Mio € sein, ca. 29 Mio € werden als Schuldenlast für 2017 einkalkuliert.

40,3 Mio € Schulden hat Ahrensburg zum Ende des vergangenen Jahres einschließlich der Verbindlichkeiten von Betrieben, die der Stadt gehören oder an denen sie beteiligt ist.

In die Haushaltsplanungen fließt bereits die Erhöhung der Grundsteuer (Hebesatz 350) von nunmehr 4,97 Mio € ein. Anmerkung des Bürgermeister: die Anhebung des Grundsteuersatzes ist doch eher moderat.

Ferner soll über die Erhöhung der Hundesteuer und Vergnügungssteuer beraten werden. Die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer wird verworfen.

Der Bürgermeister gab zu bedenken, dass die Einführung neuer Steuern ein Mehrbedarf an Personal erfordert. Hier ist der Aufwand zum Ertrag dann nur minimal.

Der Vorschlag zur Erhöhung des Gewerbesteuersatzes wurde vom FA abgelehnt.

Herr Egan von der WAB will dem Haushalt 2014 ohne Investitionen in den Strassenbau nicht zustimmen.

Daher erkundigt sich der FA, wie diese Investitionen zukünftig realistisch geplant und finanziert werden sollen.

Daraufhin entgegnete der Bürgermeister, dass der vorgelegte Entwurf für die Investitionen den Prioritäten der Politik folge. Danach liegt der Schwerpunkt mit hohen Investitionen insbesondere in Bildung und dem Ausbau der Betreuung der Kinder.

Weitere Investitionen halte er zunächst -auch angesichts einer dann weiter steigenden unvermeidbaren Neuverschuldung- nicht für vertretbar.

Herr Egan WAB führte in diesem Zusammenhang aus, dass s .E. für den Ausbau von Straßen dann keine Beiträge von den Bürgern erhoben werden dürfen, wenn die Kommune die Unterhaltung der Strassen über Jahre vernachlässigt habe. Er bittet um rechtliche Prüfung.

Verschiedenes

Bericht zur Vermietung städtischer Liegenschaften, Gebäudeleittechnik, Personalsituation in den städtischen Liegenschaften (z.B. Schulen)

Bericht folgt

Erläuterungen für überplanmäßige Aufwendungen für Maßnahmen zur Kompensation der Eingriffe in Natur und Landschaft aufgrund B-Plan 92 Erlenhof Süd.

(Schaffung einer Ausgleichsfläche)

Diese konnte in Ahrensburg nicht zur Verfügung gestellt werden. Somit wurde auch kein Vermögenswert geschaffen. Die Ausgleichsfläche liegt in Bargteheide.

gez. Reinhard Hampel